

Alarmierende Studie: Extremisten vereinen sich bei Demos in Hessen!

Neue Allianzen von Antisemiten in Hessen nach Hamas-Angriff: Verfassungsschutz warnt vor extremistischen Gruppierungen bei Demos.

Wiesbaden, Deutschland - Alarmierende Enthüllungen aus Hessen! Der hessische Verfassungsschutz hat in einer brisanten Studie aufgezeigt, dass bei den propalästinensischen Demonstrationen nach dem verheerenden Hamas-Massaker am 7. Oktober 2023, bei dem über 1.200 Menschen in Israel ums Leben kamen, neue gefährliche Allianzen von Antisemiten entstanden sind. Diese Erkenntnisse werfen ein grelles Licht auf die extremistischen Strömungen, die sich in den letzten Monaten in Hessen formiert haben.

Die Studie, die sich auf die über 20 Demos pro Monat zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 26. Januar 2024 bezieht, zeigt, dass mehr als ein Drittel dieser Veranstaltungen von extremistischen Ideologien beeinflusst wurden. Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) in Wiesbaden hat festgestellt, dass sich Anhänger säkularer palästinensischer Organisationen, deutsche und türkische Linksextremisten sowie Islamisten in diesen Protesten zusammenfanden. Die ersten Ergebnisse dieser alarmierenden Forschung werden am 13. November 2024 beim Herbstgespräch des LfV präsentiert.

Antisemitismus in neuem Gewand

Besonders erschreckend ist, dass die Extremisten in Hessen bei diesen Demos ihre antisemitischen Äußerungen meist

unwidersprochen kundtaten. Sie projizierten ihre Ressentiments auf den jüdischen Staat Israel und delegitimierten ihn auf gefährliche Weise. In der ersten Phase der Proteste wurde der Hamas-Angriff als „legitime Widerstandsaktion“ gegen ein „zionistisches Besatzerregime“ gerechtfertigt. Mit dem Beginn der israelischen Bodenoffensive am 28. Oktober 2023 verschob sich der Fokus auf einen angeblichen „Genozid“ an den Palästinensern, wobei die Parole „Kindermörder Israel“ zur zentralen Botschaft wurde.

Hessens Innenminister Roman Poseck (CDU) äußerte sich besorgt über die dramatische Zunahme antisemitischer Delikte in Hessen, die im vergangenen Jahr um 224 Prozent auf insgesamt 347 Fälle angestiegen sind. Poseck betonte, dass bei Demos oft zur Zerstörung des Staates Israel aufgerufen werde und forderte einen strafrechtlichen Schutz des Existenzrechts Israels. Die internationale Gemeinschaft steht unter Druck, während Israel auf die Hamas mit massiven Luftangriffen reagiert und die humanitäre Lage im Gazastreifen katastrophal bleibt.

Details

Ort	Wiesbaden, Deutschland
------------	------------------------

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at